

Vom Einheitsrausch zum AfD-Kater?

Steffen Mau und Claus Offe im Gespräch mit Claudia Czingon über 30 Jahre deutsche Einheit

Wie steht es heute um das vereinigte Deutschland? Wo liegen die Probleme im Verhältnis zwischen Ost und West? Was haben diese Probleme mit dem Prozess und dem Modus der Wiedervereinigung zu tun? Und inwieweit müssen wir, um Antworten zu finden, auch über die Institutionen, Sozialstrukturen und Mentalitäten der staatssozialistischen Gesellschaftsordnung nachdenken? Über diese Fragen hat die *Leviathan*-Redakteurin Claudia Czingon mit den Sozialwissenschaftlern Steffen Mau und Claus Offe gesprochen. Steffen Mau hat 2019 das Buch *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft* veröffentlicht, das sich mit den gesellschaftlichen Frakturen Ostdeutschlands beschäftigt. Claus Offe hat in den 1990er Jahren wichtige Publikationen zur postsozialistischen Transformation in Osteuropa und zur deutschen Wiedervereinigung vorgelegt, darunter den Band *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*.

Czingon: Rückblickend wird über die friedliche Revolution im November 1989 und die Wiedervereinigung ein knappes Jahr später oft so gesprochen, als handele es sich um EIN Ereignis, so, als hätte der Fall der Mauer unmittelbar und notwendig auch die deutsche Einheit nach sich gezogen. Dabei war zum Zeitpunkt der friedlichen Revolution offen, wie es weitergehen würde, die Wiedervereinigung stand damals noch gar nicht zur Debatte. Erst die zahlreichen wegweisenden Entscheidungen und umwälzenden Dynamiken der Folgemonate haben zu genau dem Transformationspfad geführt, wie wir ihn heute kennen. Wie erinnern Sie sich persönlich an diese ereignisreiche Zeit?

Offe: Das Ereignis vom 9. November hatte eine beispiellose Dramatik. Persönlich war es bei mir so, dass ich an dem Tag in Bremen spät nach Hause kam und von nichts wusste. Meine Töchter, damals 13 und 16 Jahre alt, empfingen mich mit der leicht gebieterischen Mitteilung, dass wir morgen früh um sechs nach Berlin aufbrechen würden. So geschah es. Vor einem Loch in der Mauer, an dem schon eifrig gehämmert wurde, spielte Rostropowitsch Cello-Sonaten von Bach, und die etwas zögerlich, wie es mir schien, nach Westen wechselnden Ost-Berliner bekamen jede(r) eine Schachtel West-Zigaretten zugesteckt. An der Mauer vorm Brandenburger Tor hatte jemand ein Bettlaken aufgehängt mit dem aufgemalten und frappant weitsichtigen Spruch:

»Kommt die D-Mark ist sie pleite,
kommt sie nicht, dann geh'n die Leute.
Ja, sie hat es wirklich schwer,
uns're arme DDR.«

Ich habe das sofort auswendig gelernt, den unbekannten Autor bewundernd für seine scharfe Analyse und seinen Witz. Am 10. November 1989 ahnten die meisten noch nicht, wie richtig er lag.

Mau: Ich war ja noch ein sehr junger Mensch, machte gerade meinen Armeedienst bei der Nationalen Volksarmee, wo ich auf einem Schützenpanzer als Funker gedient habe. Es gab 48-Stunden-Wachen, da musste man immer zwei Stunden wachen, zwei Stunden ruhen und zwei Stunden schlafen. Wir hatten heimlich ein kleines Radio dabei, mit dem wir den Westsender RIAS Berlin hörten. Und dann kam die Nachricht. Es gab auch einen sehr weitsichtigen Kommentator, der sagte: »Die Mauer ist offen, das ist das Ende der DDR.« Er hat intuitiv vorhergesehen, dass die DDR ohne die Stabilisierung durch das, was sie immer gern den »antifaschistischen Schutzwall« genannt hat, was aber eigentlich eine nach innen gerichtete Umzäunung war, nicht überleben kann. Und dann setzte sogleich diese dramatische Abwanderung ein, beinahe ein Wegrutschen der Gesellschaft. Die Fragilität des ganzen Gesellschaftskörpers war fast physisch spürbar, weil man um sich herum plötzlich ganz viele leere Plätze entdeckte. Das war schon in der Spätphase der DDR mit einer großen und immer selbstbewussteren Ausreisebewegung erkennbar. DDR, das stand für viele für »Der Dumme Rest«, also jene, die blieben. Die Maueröffnung war der Sargnagel der DDR, wie wir sie kannten.

Offe: Die Ereignisse hatten eine bemerkenswerte zeitliche Struktur. Die Stichworte sind Plötzlichkeit und Zeitdruck. Kein Mensch hatte damit gerechnet, damit rechnen können. Ein paar Wochen vorher hatte ich in einem Flugzeug im Londoner *Independent* gelesen, jemand habe vorausgesagt, dass noch im laufenden Jahr 1989 bis zu einer halben Million Menschen den Eisernen Vorhang in Richtung Westen überqueren würden. Diese Phantasie-Meldung hat mich richtig wütend gemacht. »Ich dachte«, sagte ich mir, »der Independent ist doch eine seriöse Zeitung« – und nun so ein offenkundiger Unsinn. Niemand hatte mit dem Fall der Mauer gerechnet, niemand *konnte* damit rechnen. Was gestern noch außerhalb des Bereichs des Vorstellbaren lag, ist heute Wirklichkeit – das passiert einem nicht oft. Das andere ist der sofort wahrgenommene ungeheure Zeitdruck. Aller Welt war schlagartig klar, dass jetzt sehr schnell etwas zu tun war – nur was? Bis in den Sommer 1990 hinein wurde die Diskussion beherrscht von der Wahrnehmung eines schmalen Zeitfensters. Die Geschehnisse des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow, die Zwei-und-Vier-Verhandlungen, der Zusammenbruch der DDR-Ökonomie, die anschwellende Dynamik der Abwanderung waren die Faktoren, die diesen Zeitdruck erzeugten. Niemand wusste, wie und wann sich die im März 1990 gewählte Volkskammer und die neue Regierung der DDR entscheiden würden. Niemand hatte ein klares Bild von den Vor- und Nachteilen, die ein »schneller« politischer Einigungsprozess gegenüber einem »langsamen« und eher ökonomisch rationalen involvieren würde.

Was den Fall der DDR von allen anderen Transformationsprozessen im ehemaligen Warschauer Pakt/RGW grundlegend unterscheidet, ist unter anderem dies: Hier ging es um die *Fusion* von zwei Staaten sehr unterschiedlichen Formats – überall sonst um territoriale Kontinuität oder um die Sezessionsbewegungen, die

alsbald in allen drei staatssozialistischen Föderationen (SU, CSFR, Jugoslawien) stattfanden. Wenn man aber für eine Fusion optiert, muss die Frage beantwortet werden: Fusion zu wessen Bedingungen? Und angesichts der gewaltigen absehbaren Kosten der Fusion und wegen des Machtgefälles zwischen den fusionierenden Partnern konnte die Antwort nur lauten: zu denen der BRD. Es war eine Zeit trauriger Späße: Sagt der Ossi zum Wessi »Wir sind doch *ein* Volk!« Antwortet der Wessi »Wir auch!«

Czington: Heute, 30 Jahre später, scheint es immer noch eine unsichtbare Grenze zwischen Neuen und Alten Bundesländern zu geben, wenn man bestimmte Indikatoren wie Wirtschaftskraft, Löhne, Vermögen, Wahlverhalten oder Parteibindung betrachtet. Selbst in der Corona-Krise haben wir gesehen: Die Betroffenheit durch das Virus unterscheidet sich. Aber auch in mentaler Hinsicht gibt es diese Grenze: Das ostdeutsche Teilbewusstsein scheint heute stärker ausgeprägt zu sein denn je. Wo stehen wir 30 Jahre nach der Wiedervereinigung?

Mau: Ich sehe das erstmal als durchwachsene Bilanz. Es ist ganz sicher nicht so, dass man von einem Scheitern der Vereinigung reden kann, sondern es gibt viele vorzeigbare Dinge und positive Entwicklungen, ob es die enormen Freiheits- und Demokratiegewinne, die Lebenschancen, die Infrastrukturen oder regionale Entwicklungen sind. Andererseits ist der Osten immer noch eine verlängerte Werkbank, auch wenn es attraktive ökonomische Zentren wie Jena oder Leipzig gibt. Wir finden eine recht hohe Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland, sie nähert sich fast dem Westniveau an. Wenn Leute individuell nach ihrer Vereinigungsbilanz gefragt werden, dann sagt die große Mehrheit, dass die positiven Aspekte gegenüber den negativen überwiegen. Zugleich gibt es aber Kritik am Weg in die Einheit. Das ist nicht zwingend ein rückwärtsgewandtes, auf die DDR bezogenes Denken, sondern eher ein Unbehagen gegenüber dem Prozess der Wiedervereinigung. Viele Ostdeutsche, soweit man sie überhaupt als Kollektiv adressieren kann, haben das Gefühl, dass mit der Dominanz des Westens bei der deutschen Einheit vieles auf der Strecke geblieben ist, was sie ausmacht und ihnen wichtig ist. Das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland ist strukturell ungleichgewichtig gewesen und geblieben.

Czington: Besonders interessant ist ja, dass die Mehrheit der Ostdeutschen angibt, mit den persönlichen Lebensbedingungen zufrieden zu sein, gleichzeitig aber das Gefühl artikuliert, »Bürger zweiter Klasse« und vom Rest der Gesellschaft abgehängt zu sein. Wie lässt sich das erklären?

Offe: Was ich darüber weiß, lässt sich so zusammenfassen: Auf der individuellen Ebene ist die Beurteilung des Prozesses und seines Ergebnisses eher positiv. Aber zum Kollektiv, zur empfundenen »Menschengemeinschaft« (wie von Walter Ulbricht proklamiert) formierten sich die ehemaligen (gern auch »gelernten«) DDR-Bürger paradoxerweise erst nach der Wende. Diese »sekundäre Ethnifizierung« ist motiviert durch ein Gefühl der Marginalisierung und kollektiven Herabsetzung. In der englischsprachigen Literatur findet man den Begriff der

»ownership« – will sagen: Die Pläne und Ziele, die verfolgt wurden, die Fehler, die dabei passiert sind, sowie die institutionelle Ordnung, die dabei entstanden ist – das waren sämtlich »*unsere eigenen*« Handlungen und Handlungsfolgen. Davon ist in den Neuen Bundesländern wenig zu spüren – eher schon von dem leicht selbstmitleidigen Gefühl, mit dem man sich über eine (wie auch immer unabwendbare) Selbstausslieferung an eine neue Ordnung grämt. Kurz: Die individuelle Lage ist besser als die kollektive Stimmung. Das rührt auch her von der Perspektive, welche die speziellen Umstände des deutschen Transformationsfalls nahelegen: In allen anderen Transformationsländern herrscht eine diachrone Sichtweise vor, in der unsere Lage »jetzt« mit der mehr oder weniger zutreffenden Erinnerung an die Lage »früher« verglichen wird. Nicht so, nach meinem Eindruck, in den Neuen Bundesländern, wo die Lage »bei uns« viel eher mit der in der »alten BRD« in Vergleich gesetzt wird, zu der »wir« noch nicht aufgeschlossen haben. Dieses Denken im zeitlichen Querschnitt dämpft euphorische Lagebeurteilungen, wie sie etwa in Polen durchaus anzutreffen sind.

Czington: Die relative Deprivation ist aber nicht das einzige Problem.

Mau: Nicht nur, sondern auch das, was Herr Offe bereits angedeutet hat: Der Modus der Transformation und auch der Wiedervereinigung sind ganz entscheidend. Natürlich sind die Ostdeutschen in gewisser Weise schon zahlenmäßig majorisiert worden durch den größeren Westen, aber im Wiedervereinigungsprozess sind alle Veränderungszumutungen auf den Osten gelegt worden. Der Westen, seine Besitzstände und Regulationsweisen waren geradezu sakrosankt, es gab kein Interesse, daran zu rütteln und zu einem neuen politischen Bewusstsein zu kommen oder Dinge neu zu gestalten. Um dem Westen die Wiedervereinigung schmackhaft zu machen, wurde ihm eine Besitzstandsgarantie gegeben. Im Osten musste sich alles, im Westen durfte sich nichts ändern. Das war die Ausgangslage, zu der es im Nachklapp natürlich auch – oft ungewollte und ungeplante – Verschiebungen gegeben hat.

Und dann hat man eben zweierlei: einerseits einen Institutionentransfer – die auf den Osten gelegte Blaupause West – und andererseits den Elitentransfer von West nach Ost. Das ist eine doppelt exogen induzierte Form von Transformation. Man hat in Ostdeutschland weder die Institutionen selbst begründet, noch saß man an den Schalthebeln gesellschaftlicher Entscheidungen. In Osteuropa war die Ausgangssituation in vieler Hinsicht schwieriger, weil kein potenter Partner bereitstand, um Hilfe und Geld zu geben, aber es waren die eigenen Eliten, die es gemacht haben. Auch in Osteuropa gibt es das Thema der transferierten, implementierten und nachgeahmten Institutionen, die wir gern liberale Ordnung nennen. Ivan Krastev und Steven Holmes argumentieren in ihrem Buch *Das Licht, das erlosch*, dass diese Nachahmungsweisen auch Formen von Reaktanz hervorrufen können, weil institutionelles Mimikry ein kollektives Insuffizienzgefühl hervorrufen kann, weil man niemals der liberalen Ordnung des Westens vollständig gerecht werden kann. Ich weiß nicht, wie weit diese Erklärung trägt, aber für den ostdeutschen Fall hat man eben selbst das kleinste Regelwerk übernommen. Es

gab keinen Spielraum für eigene Gestaltungsoptionen, der Westen hat wie ein Vormund agiert. Ob das jetzt das Bestattungswesen ist oder das kassenärztliche Abrechnungssystem – fast alles wurde eins zu eins aus dem Westen übernommen.

Offe: Oder das Berufsrecht der Fahrschullehrer im Einigungsvertrag.

Mau: Also wirklich eine bis in die kleinsten gesellschaftlichen Kapillaren dringende Detailregelung, sodass die Ostdeutschen dachten, »für uns bleibt nur noch der Rechtsabbiegerpfeil«, der dann noch mit einer Ausnahmeverordnung durchgesetzt worden ist. Und dann kommt zeitgleich das »Westpersonal«, das die Transformation bewerkstelligen soll, weil es im Osten an Kompetenz und Know-how mangelt. Wir wissen gar nicht genau, wie viele Leute das waren, aber man schätzt so 30.000 bis 40.000, vorwiegend Männer. Soweit die Dinge nicht ins Laufen kamen, konnte man nunmehr alle Folgeprobleme relativ leicht in Form eines *Blaming* auf diese projizieren. Bei allem guten Willen war es ein konstitutiv asymmetrisches und sehr enttäuschungsanfälliges Verhältnis, das in diese Form der Transformation eingebaut war.

Czington: Wie kam es denn dazu? Welche Bedingungen haben einen selbstbestimmteren Weg der Wiedervereinigung und Transformation verhindert? Und wo war die Opposition in diesem Prozess? In den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern haben die eigenen oppositionellen Eliten ja eine tragende Rolle gespielt.

Offe: Das war in den Neuen Bundesländern eindeutig nicht der Fall, und das nicht nur aus Mangel an Gelegenheit (weil den oppositionellen Eliten – abgesehen von den Anfängen am Runden Tisch, dessen Ergebnisse dann alsbald *ad acta* gelegt wurden – jeder entwicklungsbestimmende Einfluss verwehrt wurde), sondern zusätzlich aus Mangel an Ambition, insofern es über die gewaltigen Massendemonstrationen hinaus nie zu einer profilierten und mehrheitstauglichen Beantwortung der Frage kam, durch was oder wen das alte Regime denn nun ersetzt werden sollte. Die DDR-Opposition hatte das Ziel, das Regime zum Einsturz zu bringen, was ihr im hilfreichen Kontext der Entwicklungen in der Sowjetunion und in den übrigen »Bruderstaaten« auch glanzvoll gelang. Etwas pathetisch könnte man aber auch sagen: Das Misstrauensvotum, das die Geschichte speziell dem DDR-Regime ausgesprochen hat, war kein »konstruktives«. Die Gestalt einer postsozialistischen Ordnung – das war ein Thema, das man im Großen und Ganzen und zunehmend anderen überließ und überlassen musste. Der politische und kulturelle »Dissidentismus«, also die Bürgerrechtsbewegungen, wurden nach dem Zusammenbruch des alten Regimes im Frühjahr und Sommer 1990 immer macht- und sprachloser. Unter dem alten Regime hatten sie sich auf das organisationspolitische Repertoire sozialer Bewegungen und ihrer ereignisgetriebenen Protestpolitik verlassen, ohne – anders als etwa in Polen und anders als noch in den kurzlebigen programmatischen Debatten und Entwürfen des Runden Tisches (Dezember 1989 bis März 1990) – halbwegs konturierte Vorstellungen über die Ziele der Transformation, das Verhältnis ökonomischer und politischer Kämpfe und über die Institutionen, organisatorischen Formen und Allianzen auszubilden,

durch die Demokratie, Liberalisierung und soziale Gerechtigkeit voranzubringen wären. Der Runde Tisch schaffte Stasi, Parteimonopol und andere Hindernisse für eine politische Erneuerung aus dem Wege. Aber nachdem die Bürgerrechtsbewegung schon im Ergebnis der Volkskammerwahlen vom März 1990 nur einen äußerst dürrtigen Niederschlag gefunden hatte und die bundesdeutschen Parteien mit ihren Wahlkämpfen und Personalangeboten das neue Feld besiedelt hatten, haben sich die Spuren der Bürgerrechts-Protagonisten alsbald im Sande verlaufen, und zwar in allen erdenklichen Richtungen. Auch daraus ergab sich freie Bahn für westdeutsche Landnahme.

Es fragt sich daher meines Erachtens, ob man einen solchen rein negatorischen Prozess als eine »Revolution« bezeichnen möchte – und nicht vielmehr als einen durch externe Zerfallstendenzen maßgeblich mitbedingten Regime-Zusammenbruch. Überhaupt neige ich, wobei ich mich auf dünneres Eis begeben, der Auffassung zu, dass die Triebkräfte der post-staatssozialistischen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa ganz entscheidend auf der supranationalen Ebene zu suchen sind, nicht bei den durch die wahrgenommene Fragilität allerdings ermutigten internen Kräften und Konflikten, die beim Zusammenbruch des alten Regimes eine Rolle gespielt und dem bereits wankenden System dann vor Ort den letzten Tritt versetzt haben. Supranational getrieben war nicht nur der Zusammenbruch des alten, sondern auch die Entstehung des neuen Regimes. Denn was im deutschen Fall durch westdeutsche gesetzgeberische Dominanz bewegt wurde, vollzog sich zwischen 1993 (»Kopenhagen-Kriterien«) und 2013 (Beitritt Kroatiens zur EU) als ein großformatiger konditionalistischer *Deal* (an dessen Fortsetzbarkeit Holmes und Krastev allerdings jüngst ernste Zweifel begründet haben).

Im deutschen Fall war das Muster der externen Steuerung der Entwicklung, nämlich die durch westdeutsche Eliten aller Funktionsbereiche, besonders ausgeprägt. Die schlichte Logik, nur wenig vergrößert, ist diese: »Wenn ›wir‹ schon zahlen (nämlich kontinuierlich in der Größenordnung von 160 Milliarden DM beziehungsweise 80 Milliarden Euro pro Jahr), dann wollen wir auch bestimmen, was passiert. Wir können doch nicht etwas subventionieren, das wir nicht unter Kontrolle haben.« Da war Helmut Kohl ganz hart, und folglich konnte man Gedanken an eine Konföderation und ein allmähliches »Zusammenwachsen« (Willy Brandt) bald vergessen. Tatsächlich hätte wohl eine endogen gesteuerte Neuerfindung einer demokratisierten DDR nach dem Ende des SED-Regimes keine Aussichten gehabt, weil man für diesen Weg jene eigenstaatlichen Grenzen für Handel und auch für Bevölkerungswanderung benötigt hätte, die zur mitternächtlichen Stunde des 2. Oktober entfallen sollten. Es kommt hinzu, dass im deutschen Fall schon wegen der sprachlichen Barrierefreiheit zwischen den beiden deutschen Staaten Ersatzeliten reichlich zur Verfügung standen, also zum Teil bereits pensionierte Verwaltungsjuristen, Militärs und Hochschullehrer usw., die per »Buschprämie« entsandt und mit dem Management der Transformation in ihren jeweiligen Kompetenzbereichen betraut werden konnten und auch sofort aktiv wurden, während die Polen, Ungarn und Balten das alles selbst ausfechten und erledigen mussten mit ihren alten Eliten und vereinzelt Remigranten aus dem Ausland. Deshalb konnte man es sich im deutschen Fall auch leisten, eine im

Vergleich einzigartig rigorose Auswechslung oder Abwicklung der alten Eliten durchzuführen. Die Ungarn mussten die Transformation mit den Leuten abarbeiten, die schon im Lande lebten; dieser Umstand kam wohl in den übrigen Transformationsländern dem Bewusstsein von *ownership* eher zugute, während in den Neuen Bundesländern ein fruchtbarer Boden für Wahrnehmungen von Fremdbestimmung und die entsprechenden Ressentiments und Aversionen entstand.

Mau: Das hat natürlich in den osteuropäischen Ländern auch bestimmte Entwicklungen beschleunigter sozialer Mobilität hervorgebracht, die wir in Ostdeutschland nicht finden. Es gab dort nicht nur starke Elitenkonflikte und heftige Rivalitäten zwischen den oder dem Alten und den oder dem Neuen, sondern alsbald auch unglaublich junge Nachrückereliten, die mit 28 plötzlich Minister waren, Verfassungsgerichtspräsidenten oder Chefs der Zentralbank. In Ostdeutschland saß diese Generation am Rand und hat beobachtet, wie andere in die Hochsitze der Macht einzogen, wobei vieles ja auch aus der Ferne, von Bonn aus, bestimmt wurde. Es gibt in Ostdeutschland bis heute eine blockierte und unvollständige Elitenbildung. Da ist zu wenig gewachsen, es gibt allenfalls ein paar Solitäre, die dann besonderen Nachrichtenwert haben. Und dadurch gibt es auch nur ein relativ dünnes Band zwischen den gesellschaftlichen Führungsgruppen und der allgemeinen Bevölkerung. Man darf die Ostdeutschen nicht identitätspolitisch ethnisieren, zum Stamm erheben, aber soziokulturell und soziopolitisch fehlen entscheidende Trägergruppen, die integrieren und eine eigene Rolle in sozialen Wandlungsprozessen spielen könnten.

Ich möchte nochmal einen Punkt hervorheben, den Herr Offe schon in seinen Arbeiten in den 1990er Jahren mit bemerkenswerter Klarheit hervorgehoben hat. Das ist die Frage der Aufwallung und der politischen Instrumentalisierung nationalistischer beziehungsweise nationaler Gefühle vor, während und nach der Wiedervereinigung. Den nationalen Ton hat man ja im Prinzip als funktionales Äquivalent eines demokratischen Einigungsprozesses genutzt.

Czington: Anstatt einer gemeinsamen Verfassung zum Beispiel ...

Mau: Genau, man hat sich um einen Einheit begründenden Konstitutionalisierungsprozess herumgedrückt und stattdessen fleißig das nationale Einheits- und Gemeinschaftsgefühl beschworen. Ein nationales »Wir« nicht nur imaginiert, sondern zur Bruder- und Schwesternschaft stilisiert, was bei den in der Bundesrepublik West, aber auch in der DDR lebenden Migrantengruppen nicht unbegründet als Moment der symbolischen Exklusion wahrgenommen wurde. Ich denke, die Wiedervereinigung steht für eine Unternutzung des demokratischen Potenzials, das auch aus der Bürgerrechtsbewegung und der friedlichen Revolution hervorging, und für eine Übernutzung des Potenzials nationaler Mobilisierung mit langfristigen Folgewirkungen. Den Ostdeutschen wurde zu verstehen gegeben, dass sie ihren Status im wiedervereinigten Deutschland nur und in erster Linie auf ihre nationale Zugehörigkeit gründen können. Man hat sich, wie gesagt, auch gegen die Mehrheit der Ostdeutschen schnell und sehr bewusst von jeder Art gesamtdeutscher Verfassungsdiskussion verabschiedet, schon die Diskussion zur refor-

mierten DDR-Verfassung wurde über Nacht abgebrochen. Es gab sicherlich gute Gründe, das Grundgesetz aufgrund des zeitlichen Drucks damals nicht zur Disposition zu stellen, aber man hätte vereinbaren können, dass man das nach einer bestimmten Frist macht. Also man bewerkstelligt eine schnelle Wiedervereinigung und macht später, nach zehn Jahren, eine verfassungsgebende Vollversammlung, um die Ostdeutschen politisch, kognitiv und normativ teilhaben zu lassen. Man weiß aus der Forschung, dass der Prozess der Verfassungsgebung – Diskussionen, Deliberation, Bürgerbeteiligung – für die innere Bindung des oder der Einzelnen und die kollektive Selbstbindung eine größere Bedeutung hat als das bedruckte Papier. Und so eine Diskussion hat man damals eben nicht zugelassen. Da gab es eine institutionelle Besitzstandsmentalität, die auch dadurch zustande kam, dass der Staatssozialismus kollabierte und sich der Westen als Sieger fühlen durfte. Ein Anlass für eine Selbstbefragung war dadurch nicht gegeben.

Czington: Im Zuge des Beitritts wurde Artikel 146 des Grundgesetzes zumindest dahingehend geändert, dass es auch nachträglich noch möglich sein sollte, eine neue, gemeinsame Verfassung auszuhandeln. Warum wurde dieser wichtige symbolische Akt niemals nachgeholt?

Offe: Die Gemeinsame Kommission von Bundesrat und Bundestag hat das alles gestoppt. Artikel 146 GG kam nicht mehr in Betracht, jedenfalls nicht für den unter Zeitdruck stehenden aktuellen Einigungsprozess und wegen der Befürchtung, der Prozess einer neuen Verfassungsgebung könne womöglich politisch aus dem Ruder und zum Beispiel auf die Stärkung plebiszitärer Elemente hinauslaufen; und auch später nicht mangels politischer Kräfte, die bestrebt gewesen wären, von ihm Gebrauch zu machen. Stattdessen beschloss die Volkskammer der DDR im August den Beitritt nach Artikel 23 GG und im September einen Einigungsvertrag mit der BRD, dessen eigentümlicher Inhalt unter anderem in der vereinbarten Selbst-Liquidierung eines der beiden Vertragspartner bestand. Wer einmal liquidiert ist, kommt natürlich für künftige Verhandlungen über Vertragsrevisionen nicht mehr in Betracht. Dem sogenannten »Beitrittsgebiet« der fünf neuen Bundesländer wurde jede verfassungsrechtliche Identität entzogen, insofern es einerseits föderativ aufgespalten wurde, andererseits (wie der Zufall so spielt) bei der Zuteilung von Stimmen im Bundesrat nur 19 Stimmen erhielt, was nicht einmal für die Sperrminorität von 24 Stimmen ausreicht. Das kann nicht nur daran gelegen haben, dass die DDR-Bevölkerung eine demografische Minorität war; schließlich verfügt ja jeder Bürger Bremens im Bundesrat über das dreizehnfache (!) Stimmgewicht jedes Bürgers von NRW.

Im Umgang mit den politischen Eliten der DDR wurde eine Strategie adoptiert, die sich spiegelbildlich (trotz der nach 1990 ebenso beliebten wie irreführenden Rede von den »beiden deutschen Diktaturen«) zu der nach 1945 in Westdeutschland verhielt. Damals wurde die Partei des alten Regimes, die NSDAP und ihre angeschlossenen Organisationen, verboten, das leitende Personal jedoch in vielen Funktionsbereichen nahezu anstandslos übernommen. Diesmal behielt die vormalige Staatspartei ihre Legalität, während sich die magischen Reinigungsrituale (so

die ursprüngliche lateinische Wortbedeutung des alsbald überall in den Transformationsländern aus dem Tschechischen übernommenen Begriffs *lustracija*) auf alle Arten von Eliten und Funktionsträgern des alten Regimes richteten, also auf Personen mit »roten Socken«. Diese waren, im Gegensatz zu der Situation nach 1945 wie auch zu der in den ehemaligen »Bruderländern«, verzichtbar, ersetzbar und so gut wie widerstandslos diskriminierbar und »abwickelbar«. So kam es, dass Strategien der Individual- und Generalprävention ausgerechnet in dem Lande am radikalsten verfolgt wurden, in dem sie nach Lage der Dinge (Fusion mit der BRD) am wenigsten vonnöten waren.

Mau: Wenn man jetzt mal das berühmte Tribünenfoto zur Einigungsfeier am 3. Oktober 1990 anschaut, dann sind da nur Westdeutsche drauf – Helmut Kohl mit Ehefrau, Richard von Weizsäcker, Hans-Dietrich Genscher, Willy Brandt. Ostdeutsche spielen da keine Rolle, bleiben unsichtbar. Auf manchen Fotos steht dann Lothar de Maizière ganz am Rande, aber auf den allermeisten Abbildungen ist er abgeschnitten. Die Wiedervereinigungsfeier hat damit eine tragische Symbolik, das Foto ist die Ikonographie einer Schiefstellung. Ich glaube, es wäre falsch zu sagen, dass ostdeutsche Interessen im Zuge der Wiedervereinigung, in der Transformation, nie eine oder keine Rolle gespielt hätten, das ist sicherlich nicht so, sondern die Menschen haben auch als Wahlvolk ihre Stimme gehabt und sich eingebracht.

Offe: Aber Günther Krause und Wolfgang Schäuble waren nie gleichberechtigte Partner.

Mau: Da waren natürlich auch Scharen von Beratern unterwegs. Schäuble hat das ja mal selbst in einem Interview gesagt, »eigentlich haben wir mit uns selbst verhandelt«, weil die natürlich schon Repräsentanten auf beiden Seiten hatten und die DDR wie ein führungsloser Dampfer umherschlingerte. Da war eine Vereinigung im Wortsinne nicht möglich, die DDR wurde inkorporiert.

Czington: Die Eliten-Problematik gibt es ja bis heute. Im Frühjahr hat der Vorschlag des brandenburgischen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke, eine Richterstelle am Bundesverfassungsgericht mit dem Ostdeutschen Jes Möller zu besetzen, eine Debatte über die geringe ostdeutsche Repräsentation in den Spitzenämtern dieses Landes ausgelöst. Anfang Juli wurde dann mit Ines Härtel zum ersten Mal eine Ostdeutsche zur Bundesverfassungsrichterin gewählt. In Ostdeutschland sind selbst 30 Jahre nach der Wiedervereinigung nur 23 Prozent der Führungspositionen in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien von Ostdeutschen besetzt, im gesamten Land sind es nur zwei Prozent. Wie kommt es, dass es so schwer gelingt, nachzuholen, was in der Vergangenheit versäumt wurde?

Mau: Ich hatte neulich eine koreanische Delegation zu Besuch, und die haben mich zum deutschen Vereinigungsprozess befragt: Was man daraus lernen könne? Wenn man so rangeht, dann kann man eine ganze Menge Schlüsse für ähnliche Prozesse ziehen, aber natürlich auch für unser sozialwissenschaftliches Verständnis von Transformationsprozessen. Unter anderem, dass man viel, viel zu wenig in

die Köpfe investiert hat, also wirklich in die Leute. Wie nimmt man die Menschen mit, wie macht man sie zum Teil des Projekts? Das betrifft jetzt nicht nur die Frage der Massenarbeitslosigkeit, es gab auch kein großes Stipendienwerk mit Stipendienförderlinien für Ostdeutsche, keine Qualifizierungsoffensive, zu wenig demokratische Befähigung, keine Führungsakademie Ost. Stattdessen wurden viele Ostdeutsche stillgestellt. Warum hat man nicht Führungstandems gebildet, wo Ostdeutsche dabei sind und sich einbringen können? Es ist möglich, schnelle individuelle Lernprozesse zu vollziehen, um dann herausragende Positionen besetzen zu können. Dass es geht, sieht man in Osteuropa oder auch bei der Bundeskanzlerin, aber es braucht Gelegenheiten. Es wäre wichtig gewesen, eine Elitenbildung in Ostdeutschland institutionell zu begleiten und finanziell zu fördern. Die verfügbaren Mobilitätsdaten zeigen deutlich, dass die Generation der jüngeren Erwerbstätigen in der DDR, die zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung zwischen 25 und 40 Jahre alt waren, mehrheitlich Deklassierungen erfahren haben. Das sind Leute, die noch nicht so stark mit dem System verwoben waren und die am Beginn ihres Erwerbslebens standen – die hätte man mitnehmen müssen, auf die hätte man setzen müssen, um die stark exogen vorangetriebene Transformation mit einer endogenen Mobilisierung zu verbinden.

Offe: Auf EU-Ebene war ich als Gutachter beteiligt an einer Riesen-Initiative, bei der sozialwissenschaftliche, ökonomische, juristische, historische Forschungsprojekte gefördert werden sollten. Projektanträge mussten gemeinsam von einem westlichen und einem osteuropäischen *Principal Investigator* eingereicht werden. Es kamen mehrere tausend Anträge zusammen, die dann in einer zweitägigen Klausur und einem allerdings unglaublich oberflächlichen Verfahren auf wenige hundert zu reduzieren waren. Dergleichen hat es in Deutschland wohl nie gegeben, zumal die sozialwissenschaftliche Forschung in der DDR, anders als in Polen und Ungarn, quantitativ und qualitativ weit unterentwickelt war. Ich erinnere mich, dass mich auf einem Kongress im Jahre 1979 ein DDR-Kollege ansprach und erwähnte, dass man sich an seinem Institut nun erstmals wissenschaftlich mit »Demokratietheorie« beschäftigen wolle (wohlgemerkt: in der »demokratischen« Republik), und fragte, ob ich ihm mit Literaturhinweisen behilflich sein könne. Ein anderer Kollege berichtete 1982 mit leicht konspirativem Stolz, dass es ihm gelungen sei, für seine Studenten zehn Kopien eines Kapitels aus *Wirtschaft und Gesellschaft* von einer Auslandsreise mitzubringen, da dieses Buch in der Bibliothek der Humboldt Universität nicht zugänglich sei. Angesichts dieses Entwicklungsstands waren die Forschungsarbeiten, die aus der alsbald gegründeten *Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern* hervorgingen, durch und durch von westlichen Fragen und Ansätzen dominiert. An den Universitäten der Neuen Bundesländer wurden, wenn ich mich an die Zahl recht erinnere, 81 Lehrstühle für Soziologie eingerichtet (zuvor gab es nur zwei, in Halle und Berlin); das Ergebnis der Besetzungsverfahren war, dass nur *einer* dieser 81 Lehrstühle mit einem DDR-Wissenschaftler besetzt wurde. Gleichzeitig wurden vielversprechende und ambitionierte junge Leute mit Methoden am Gebrauch ihrer Wissenschaftsfreiheit (Artikel 5 Absatz 3 GG)

gehindert, die ich damals für schlicht niederträchtig hielt und auch heute noch halte. Ich möchte mich hier nur mit seinen Initialen auf den Fall von MB beziehen, dem, nachdem er sich erfolgreich auf ein amerikanisches Heisenberg-Stipendium beworben hatte, die irgendwie erforderliche Zustimmung der Berliner Wissenschaftsverwaltung aus lachhaften politischen Gründen versagt worden ist. So kann man Karrieren sabotieren – ganz so, als hätte man's unter dem SED-Regime gelernt.

Czington: In welchem Zusammenhang stehen die Probleme von damals – Eliten-austausch, Institutionentransfer, Fremdbestimmung und instrumenteller Nationalismus – mit den Problemen, die wir gegenwärtig im Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland beobachten: die erhöhte Skepsis vieler Ostdeutscher gegenüber demokratischen Institutionen und Eliten, aber auch die nationalistischen Tendenzen, die in den ostdeutschen Bundesländern vergleichsweise stark ausgeprägt sind?

Mau: Das ist eine historisch komplexe Entwicklung, die auf eine ganze Zahl von miteinander verwobenen Faktoren zurückzuführen ist, aber ich sehe natürlich, dass das Moment des Überrollt-Werdens und der subjektiv empfundenen Kolonisierung – ein politischer Begriff, der analytisch nicht trägt – eine Rolle spielt. Es war ja in Befragungen in den 1990ern so, dass 60 Prozent der Ostdeutschen dies so empfunden haben. Ich bin skeptisch, diesen Begriff in diesem Kontext zu verwenden, aber er ist in der subjektiven Wahrnehmung dieses Prozesses präsent und übersetzt sich in ein Verlustempfinden und den Fremdbestimmungsvorwurf. Diese Distanz zu etablierten Institutionen, auch zu dem, was man dann Elite nennt, ist bereits in der DDR angelegt gewesen und wurde im Zuge der Wiedervereinigung noch einmal befestigt. In der DDR hatte man ein Staats- und Elitenverständnis, das einerseits durch eine Versorgungserwartung, andererseits durch den skeptischen und distanzierten Blick nach oben, auf die Obrigkeit, geprägt war. Das hatte eine manchmal schwer zu fassende Ambivalenz: Der Staat als gebende Hand, der Bürger als Mündel, zugleich fortwährende, oft im Privaten verbleibende Beschwerdeführung, wenn es um Staat und Partei geht. Und als dann der vormundschaftliche Staat abgeschüttelt worden ist und die Ostdeutschen sich zum ersten Mal auch als politische Subjekte anfangen zu verstehen, da kam es zu so etwas wie einer ausgebremsten Demokratisierung, weil dann der ganze Prozess so fremdbestimmt wurde und sich das Gefühl breitmachte: »Wir haben hier nichts mehr zu sagen, und unsere Stimme ist nicht gefragt. Wir bekommen zwar Transferleistungen, und es gibt irgendwie Bemühungen, unsere volkseigenen Betriebe zu privatisieren, aber eine gemeinsame Gestaltung der Rahmenbedingungen der Gesellschaft, das ist nicht möglich.« Viele Ostdeutsche sind in eine Duldungsstarre reingerutscht, und so haben sich Prozesse einer politischen Entfremdung eingeschlichen.

Die nationalistische Aufladung des Vereinigungsprozesses haben wir schon erwähnt, aber natürlich gab es bereits in der DDR etablierte rechte Strukturen. Der sozialistische Staat war, wenn man hinter die Kulissen geschaut hat, gar nicht so antifaschistisch. Unter der Oberfläche der nach außen propagierten Staatsdok-

trin hat sich da einiges an Trübem entwickelt, worauf rechtspopulistische Akteure später zugreifen konnten. Im Prozess der Wiedervereinigung ist dann viel zusammengebrochen, was auch eine ideelle Obdachlosigkeit und politische Orientierungsschwäche hervorgebracht hat. Manche in meinem Alter haben den Kompass verloren und sind in rechte Szenen abgedriftet. Die Betriebe, die staatlichen Agenturen und die Massenorganisationen, die waren plötzlich nicht mehr da, und zugleich ist keine lebendige und entwickelte Zivilgesellschaft an den Platz getreten, die war viel zu schwach, in personeller und programmatischer Hinsicht. Auch so konnte manches weiter gären, was nun in den Wahlergebnissen der Rechtspopulisten seinen Ausdruck findet.

Offe: Nach allem, was ich darüber weiß (wenn auch nicht selbst erlebt, sondern mir in der sozialwissenschaftlichen Literatur oder auch dem höchst aufschlussreichen »auto-ethnographischen« Buch von Steffen Mau angelesen habe), kann man wohl von einer weitgehenden Verstaatlichung des gesellschaftlichen Lebens in der DDR sprechen, nicht nur der Ökonomie und des Bildungs-, Gesundheits- und Wohnungswesens. Ich habe verschiedentlich die These vertreten, dass diese Verstaatlichung nicht nur das zivilgesellschaftliche Leben, also das gesamte Assoziations-, Kommunikations- und Konfliktverhalten der Bürger, lähmt und deformiert, sondern überdies die so agierende Staatsgewalt in einer krassen Weise »unintelligent« werden lässt. Eine durch und durch verstaatlichte Gesellschaft, in der es an der Freiheit von Medien und Wissenschaft, von Kunst und Religion, an der Unabhängigkeit von Justiz und kommunalen Körperschaften, ja selbst an den Buchhaltungstechniken rationaler Kapitalrechnung fehlt, beraubt sich der Fähigkeit zur validen Selbstbeobachtung. Ganz schlicht gesagt: Die Staatsgewalt weiß nicht, was los ist, weil sie irrigerweise meint, alles unter Kontrolle zu haben. Eine Differenz zwischen dem Nachfolgeregime der DDR und dem der mittel- und osteuropäischen Länder könnte man, denke ich, darin sehen, dass diese etatistische Erstarrung im deutschen Fall fortwirkt. Nehmen wir Polen als Kontrast. Die polnische Gesellschaft ist durch Transformationsprozesse gegangen, die sie vielfältig gespalten haben. Stadt und Land, Religion und Säkularismus, Kapital und Arbeit, linke und rechte Parteien, nationale und europäische Perspektiven, autoritäre und liberale Kräfte, die Sphären von Recht und Politik, staatliche und private Massenmedien usw. stehen sich dort in einer vielfältigen, zivilgesellschaftlich exzellent organisierten und hochdynamischen Konfliktkonstellation gegenüber, die sich im Transformationsprozess herausgebildet hat. Ähnliches wird man von der Post-DDR nicht behaupten wollen oder gar nachweisen können. Man ist versucht, vom Paradox eines »externen« Etatismus zu sprechen. Und das deshalb, weil nahezu alles das, worüber man sich streiten könnte, in Bonn beziehungsweise Berlin bereits entschieden wurde oder zur Entscheidung ansteht. Die Erfahrung scheint zu sein, dass es dabei auf »uns«, die abhängigen Betroffenen eines extern gesteuerten und finanzierten Transformationsprozesses, nicht weiter ankommt; oder doch nur dann, wenn es zu reaktionären Ausbrüchen von gewalttätigem Tumult oder extremistischem Terror kommt.

Mau: Das sehe ich ganz genauso. In Osteuropa gab es sehr konturierte und auch schmerzhaft politische Prozesse der Auseinandersetzung, geradezu eine aktive Abnabelung vom Alten. Das hat auch Spaltungsprozesse hervorgebracht, aber ebenso einen erkennbaren Konfliktraum, in dem Spannungen ausgetragen werden konnten. In Ostdeutschland hat man sich das in gewisser Weise durch die Ersatz- beziehungsweise Reserveeliten erspart, da ist viel beschwiegen worden oder es haben immer nur diejenigen gesprochen, die im gesamtdeutschen Diskurs satisfaktionsfähig waren. Jede Art von Auseinandersetzung musste zudem vor westdeutschem Publikum ablaufen, was möglicherweise im ostdeutschen Binnenverhältnis zu besonderen Hemmungen führte oder auch dazu, dass politische Instrumentalisierungen jede weitere Diskussion unterminierten. Wenn die Urteile immer schon feststehen, braucht man sich nicht zu besprechen. Viele Ostdeutsche haben sich gar nicht mehr getraut, öffentlich Position zu beziehen, und sind in die altbekannte Nische zurückgegangen, weil jede Nuance und jede Grauschattierung in einfache Schwarz-Weiß-Bilder aufgelöst wurde. Es gab zu wenig öffentlichen Raum, um über die DDR zu streiten und sich intensiv mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Aus meiner Sicht haben viele in der Folge gar keinen kritischen Umgang mit der DDR, mit der untergegangenen Gesellschaft, eingeübt und praktiziert. Das trifft auch auf das Verhältnis der Generationen zu. Die jüngeren Generationen haben die älteren mit Nachfragen oft verschont, weil sie in den 1990er Jahren deren Existenzkrisen hautnah miterlebten und sich dann teilweise solidarisch fühlten. Man hat derweil die Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler in dieses Feld der Unrechtsaufarbeitung hineingebracht, da sind sie dann zum Teil eben auch versorgt worden. Viele haben das professionell und bewundernswert gemacht, aber diese Art von Geschichtsaufarbeitung, die immer nur auf die DDR als Diktatur zielte, hat viele Ostdeutsche, also die Durchschnittsbevölkerung, nicht erreicht. Das ist stark auf die Opfer der SED-Diktatur ausgerichtet gewesen, nicht auf den gesamten Diskurs der Bevölkerung. Die Rede von der »zweiten deutschen Diktatur« zieht beispielsweise eine starke Linie zu Nazideutschland, sodass eine weitere Differenzierung kaum mehr möglich ist. Auch daraus ist dann Reaktanz entstanden, die das Erinnerungsprivileg des Dabeigewesenseins gegen die geschichtspolitischen Diskurse und Aufklärungsversuche verteidigt.

Offe: Wie gesagt: Es ist keine neue, zivilgesellschaftlich artikulierte Konfliktstruktur innerhalb der Gesellschaft zustande gekommen, nachdem sie einmal aus der staatlich zwangshomogenisierten »sozialistischen Menschengemeinschaft« entlassen war. Viele mentale Muster sind erhalten geblieben. Einmal eine etatistische Rahmung von Problemen und Lösungen, die weithin geteilte Ver- und Zumutung staatlicher Zuständigkeit, und zwar nach Lage der Dinge einer westlichen. Zum anderen eine spezifisch staatssozialistische Variante des gesellschaftspolitischen Egalitarismus. Dieser ist »upward-looking« und nimmt Anstoß an der ungerechtfertigten *Besserstellung* von Privilegierten, nicht so sehr an der illegitimen *Schlechterstellung* von Verlierern und prekären Existenzen, die es im Staatssozialismus mit seiner flächendeckenden Grundversorgung auch weniger gibt (wenn man von den Rentnern und Rentnerinnen absieht). Ein drittes mentales

Muster ist wohl durch die Demografie der DDR mitbedingt. Die DDR war eine der ethnisch homogensten Gesellschaften Europas. Ein Prozent der Wohnbevölkerung waren sowjetische Freunde in ihren Kasernen, und ein weiteres Prozent kam aus Angola, Mozambique und Vietnam. Diese (gelegentlich auch ganz arglos so bezeichneten) »Fremdarbeiter« waren ebenfalls gründlich isoliert in ihren Wohnblöcken. Hinzu kamen die als »nationale Minderheit« anerkannten und in der Lausitz ansässigen (maximal) 60.000 Sorben. Alle anderen waren (post-)protestantische ethnische landessprachliche Deutsche bei einer katholischen Minderheit von zuletzt etwa 6,5 Prozent der Bevölkerung. All dies könnte, zusammen mit dem in der DDR mit ihren Reisebeschränkungen deutlich geringeren Niveau touristischer Auslandserfahrungen und -kontakte, als Erklärung taugen für Aversionen und Befürchtungen, die Ausländern generell und speziell Migranten heute in den Neuen Bundesländern entgegengebracht werden und dort zu einem deutlich höheren Grad an völkischem Identitätsbewusstsein und an fremdenfeindlichen Mobilisierungen, Gewalttaten und nationalistischem Wahlverhalten beigetragen haben.

Mau: Ich habe das bereits in meinem Buch *Lütten Klein* so dargestellt, diese extreme Homogenität der Gesellschaft, sozial, ethnisch, kulturell, auch religiös. Zudem war die DDR eine recht kleine Gesellschaft, übersichtlich irgendwie, in der enge soziale Kontrolle gang und gäbe war. Die Ostdeutschen hatten trotz Westfernsehen keine realistische Vorstellung davon, dass es sich beim Westen schon um eine pluralisierte, diversifizierte Gesellschaft mit hohem migrantischen Anteil handelte. Sie haben geglaubt, das sei eigentlich das reichere Selbst, dem man da gegenübertritt und bei dem man einzieht. Sie wollten sich nicht mit einer ethnisch diversen Gesellschaft vereinigen, sondern eigentlich mit der Gesellschaft, die sie aus der Krimi-Serie Derrick kannten – also Vorort, Mittelklasse-Wagen usw. –, und dann haben sie sich gewundert, dass sie natürlich auch die Döner-Kebab-BRD mitbekommen haben.

Für mich tritt aber noch ein Moment hinzu: Das sind die enormen ökonomischen und sozialen Flurschäden der 1990er Jahre, die man als eine Art von existenzieller Unsicherheitserfahrung beschreiben kann. Die Ostdeutschen kamen aus einer im Prinzip Vollversorgungs-Arbeitsgesellschaft hinein in eine doch für den Osten mindestens neoliberale Arbeitslosigkeitsgesellschaft, woraus dann eine extrem stark besitzstandswahrende Mentalität entstanden ist. Festhalten, Bewahren und Verteidigen sind vor diesem Hintergrund ganz grundlegende Lebensmotive vieler Ostdeutscher geworden. Sie sagen, wir haben uns einmal so stark umgestellt – transformiert –, wir haben lange gebraucht, um wieder auf eigene Füße zu kommen. Sie jetzt nochmal zu verändern, nochmal irgendwelche Zumutungen zu erleiden, das scheint nicht akzeptabel. Wenn man in die Lausitz fährt und man nimmt dort das Wort Transformation in den Mund, dann evoziert man sofort Abwehrreaktionen, weil es negativ konnotiert ist. Sich vorzustellen, jetzt soll die Lausitz nochmal in was anderes transformiert werden, da fallen die Leute vom Glauben ab.

Schließlich möchte ich noch den nicht unerheblichen demografischen Faktor einbringen. Ostdeutschland ist heute stark überaltert, die Jugend fehlt, außer in wenigen urbanen, universitären Zentren. Die Abwanderung und der Geburtenrückgang Anfang der 1990er Jahre haben Spuren hinterlassen. Und dann ist Wanderung natürlich auch immer selektiv, da die Dynamischen, Offenen, Veränderungsbereiten eher weggehen.

Offe: Und die besser Qualifizierten. Und in bemerkenswertem Umfang die Frauen mehr als die Männer. Einen Spitzenwert in dieser Hinsicht nimmt die Stadt Chemnitz ein, wo es heute angeblich 125 Männer auf 100 Frauen gibt.

Mau: Diese demografische Maskulinisierung spielt für die soziale Schieflage insgesamt eine Rolle und ist auch politisch folgenreich. Sie spiegelt das Verhältnis von West und Ost in dem Sinne, dass Ost-West-Partnerschaften in den 1990er Jahren zu 80 Prozent aus einem West-Mann und einer ostdeutschen Frau bestanden, weil Frauen tendenziell eher statusgleich oder statushöher heiraten. Wenn die ostdeutschen Männer in den Westen gegangen sind, dann haben sie die unteren Ränge der betrieblichen Hierarchie aufgefüllt und auf dem Partnerschaftsmarkt dann sicher nicht an Attraktivität gewonnen, oder sie sind in ihrem heimischen Umfeld geblieben. Den Frauen ging es da etwas besser, viele haben sich auch über Partnerschaften und Familiengründungen im Westen eingefädelt. Bei den wenigen (!) ostdeutschen Eliten sieht man, dass überproportional viele Frauen dabei sind, bei den fast 200 DAX-Vorständen gibt es vier Ostdeutsche, davon sind drei weiblich, also drei Viertel. Das heißt, die Frauen hatten da möglicherweise etwas andere Eintrittsbedingungen, waren aufgrund der Emanzipation in der DDR, der Arbeitsmarktintegration und der guten Qualifizierung gepaart mit Veränderungsbereitschaft etwas im Vorteil. Ostdeutsche Männer mit niedriger Bildung sind in gewisser Weise die Verlierer des Einigungsprozesses, obwohl es am Anfang nicht danach aussah, weil mehr Frauen arbeitslos geworden sind. Aber die sind dann eben häufig auch weggegangen, wenn sie konnten.

Czingon: Kann man die ostdeutschen Frauen tatsächlich ohne weiteres als Gewinnerinnen der Wiedervereinigung betrachten? Im Zuge des Institutionentransfers wurde ja auch das traditionelle geschlechter- und familienpolitische Arrangement des Westens auf den Osten übertragen, was nicht nur den Abbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, sondern auch den sozialen Abstieg erwerbstätiger Frauen zur Folge hatte.

Mau: Ja, da hatte man ziemlich viel Angst vor einer Retraditionalisierung in dem Sinne, dass das in der DDR nichtexistente Hausfrauen- oder Alleinverdienermodell zurückkommt. Dies ist an manchen Stellen auch geschehen, weil die institutionellen Regeln dieses Normmodell – Stichwort Ehegattensplitting – gestärkt haben, aber gleichzeitig würde ich sagen, gibt es hier auch Anpassungen des Westens an den Osten, wenn man jetzt die frühkindliche Betreuung, Infrastruktur usw. anschaut. Die Ganztagschule und die Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch sind eher ein Erbe des Ostens als des Westens.

Czingon: Ich würde gerne nochmal theoretisch nachhaken. Man ist ja damals – wir haben viel über Institutionen und Mentalitäten gesprochen – von der modernisierungstheoretischen Vorstellung ausgegangen, dass der kulturelle und mentale Wandel dem institutionellen Wandel notwendig nachfolge. Umfragen zufolge stehen die Menschen in den ostdeutschen Bundesländern der Demokratie und ihren Institutionen allerdings auch heute noch deutlich skeptischer gegenüber als Westdeutsche. Was können wir aus der Wiedervereinigung und postsozialistischen Transformation über das Verhältnis von Institutionentransfer und kulturellem Wandel lernen? Wo haben die Modernisierungstheorien damals geirrt und was haben wir daraus gelernt?

Mau: In Bezug auf Osteuropa wurde vollständig übersehen, dass es neue und forcierte Ethnisierungsprozesse, Sezessionsbewegungen und Formen nationaler Selbstbehauptung geben kann. Das zerfallende Jugoslawien ist natürlich das prominenteste Beispiel. Man ist zudem davon ausgegangen, dass Modernisierungsprozesse eigentlich »Nachlaufen« oder »Hinterherentwickeln« der Mentalitäten bedeuten, eine Form der habituellen Anpassung. Es gibt von Lepsius in Bezug auf die europäische Integration diese Formulierung »Der Institutionenwandel geht dem Bewusstseinswandel voraus«, wobei er auch gleich Einschränkungen mitgeliefert hat. Das suggeriert aber, man könne quasi institutionell vorgreifen und die Leute gewöhnen sich daran oder fädeln sich ein. Und was wir jetzt in Ostdeutschland, aber auch in Osteuropa beobachten, ist doch eine hohe Persistenz auch soziokultureller Faktoren, die sich nun nicht mehr als mentales Einpassen beschreiben lässt. Das ist ja auch etwas, was Claus Offe schon früh vorformuliert hat: Was passiert eigentlich, wenn Institutionen zu Menschen kommen und erstmal Abstoßungsreaktionen oder Unverträglichkeiten hervorrufen?

Auf Deutschland bezogen würde ich sagen, dass man vor dem Hintergrund dieses nationalistischen oder nationalen Einheitsgefühls unterschätzt hat, dass sich in der DDR und der BRD sehr eigenständige soziokulturelle Formationen herausgebildet hatten, also dass zwei sehr unterschiedliche Gesellschaften zusammengekommen sind. Man kann Ostdeutschland immer noch als eine nach unten nivellierte Gesellschaft beschreiben, eine Gesellschaft der einfachen Mentalitäten und der einfachen Leute. Von daher hat die Modernisierungstheorie mit dieser optimistischen Vorstellung der nachholenden Modernisierung, des *catch-up*, die gleichfalls implizierte, man würde sich früher oder später angleichen, geirrt. Wir müssen konzeptionell stärker auf die spezifischen Interaktionen zwischen Kultur und Institutionen schauen. Die kulturellen Faktoren scheinen einen größeren Eigenwert zu haben als modernisierungstheoretisch angenommen.

Offe: Es gibt bei einer Osteuropa-Historikerin einen Begriff, der mich fasziniert hat: »Gravamen-Nationalismus«. Der eigenen Nation emotional tief verbunden kann man sein aus der gemeinsamen Erinnerung und Vergegenwärtigung heroischer Ereignisse und der Heldentaten, die die Vorfahren zustande gebracht haben – also etwa die Revolutionen in Frankreich und Amerika oder der sowjetrussische Sieg im »Großen Vaterländischen Krieg«. Nationalistisch fühlen kann man sich aber auch in schmerzlicher Erinnerung an ein schweres Unrecht (*gravamen*), das

dem ganzen Volk an einem bestimmten Punkt in der Vergangenheit zuteil geworden ist. Von dieser Variante des Nationalismus sind starke Beispiele in Mittel- und Osteuropa zu finden, zum Beispiel in Ungarn, dem 1920 nach Ende des Ersten Weltkriegs aufgrund der Pariser Vorortverträge zwei Drittel seines Staatsgebiets verloren gegangen sind. Und was den Polen geschehen ist seitens Nazi-Deutschlands und später auch der Sowjetunion, wissen wir alle. Die leidvolle Vergewärtigung dieser Kriegereignisse und die anhaltende Empörung, die sie bis heute auslösen, sind sicher eine tragende Grundlage polnischen Nationalgefühls und konstanter innen- wie außenpolitischer Überzeugungen und Orientierungen, zu denen in beiden Ländern eine spezifische Fusion religiöser mit nationalistischen Motiven gehört. Die Beschwerde oder Klage lautet: Uns ist von dem Regime des Warschauer Pakts das Selbstbestimmungsrecht und die Anerkennung unserer aus Leid geborenen Identität verweigert worden. Diese Identität haben wir nach 1989 wiedergewonnen und werden nie wieder zulassen, dass sie zur Disposition gestellt wird – auch und erst recht nicht von Brüssel aus. Dazu hat Giuliano Amato einmal sarkastisch bemerkt: »Wir müssen eben abwarten, bis den Polen klar wird, dass es doch einen Unterschied gibt zwischen Breschnew und Barroso«, dem seinerzeitigen EU-Kommissionspräsidenten.

Aber es sieht so aus, dass es bei dieser Art von klageführendem Nationalismus mit Abwarten nicht getan ist. Dieser Nationalismus erfüllt heute eine Funktion als Abwehrargument gegen westliche Institutionen, gegen liberale Demokratie, Rechtsstaat und europäische Integration. Diese Einrichtungen entfalten offenbar keineswegs selbsttätig und im Einklang mit der Modernisierungstheorie einen Sozialisierungseffekt, der ihnen Anerkennung und Folgebereitschaft von Massen und Eliten zuwachsen lässt. Lepsius, so scheint mir, hat vollkommen Recht mit seiner Analyse, dass sich diese Anerkennung nicht als kultureller Lern- und Anpassungsprozess an einmal etablierte Einrichtungen ergibt, sondern dass zwei Voraussetzungen erfüllt sein müssen, bevor sie gewährt wird. Zum einen müssen die Verfahren als fair akzeptiert sein, und zum anderen müssen die materiellen und immateriellen Ressourcen, mit denen die Teilnehmer das Spielfeld betreten, einigermaßen gleich verteilt sein. Dadurch, dass für alle Beteiligten dieselben Regeln gelten, entsteht nämlich noch kein *level playing field*. Mit dieser simplen Einsicht sollte man eigentlich nach dem ersten Semester Soziologie vertraut sein. Aber es ist offenkundig nicht leicht, ihr bei der postkommunistischen europäischen Integration zur Beherzigung zu verhelfen. Die Klage über unfaire Verfahren und ungleiche Startbedingungen ist allgegenwärtig und schwer zu entkräften.

Mau: In Ostdeutschland spielt natürlich auch die Treuhand-Privatisierung eine große Rolle. Manche nennen sie eine erinnerungspolitische *Bad Bank*, die immer noch derartige Klageführungen hervorruft.

Offe: Ja, der von zahlreichen und überhaupt nicht zu bewältigenden Dilemmata geplagte Versuch einer öffentlichen Anstalt, mit dem Volksvermögen der DDR eine kapitalistische Marktwirtschaft zu veranstalten. Diese Groteske endete damit, dass 85 Prozent des verwertbaren staatssozialistischen Produktivvermögens zu Eigentum westdeutscher Investoren wurde, die DDR-Bevölkerung von

einer in Friedenszeiten beispiellosen Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit betroffen war und die öffentliche Hand, die sich als wehrlos erwiesen hatte gegen eine Welle krasser Wirtschaftskriminalität, auf einem Verlust von weit über 200 Milliarden DM sitzen blieb.

Mau: Philipp Ther vergleicht in seinem neuen Buch *Das andere Ende der Geschichte* die ökonomische Transformation von Ostdeutschland mit der in Polen und Tschechien. Die 1,6 Billionen DM Nettotransfers von West nach Ost sind eine gigantische Summe – da könnte man denken, in Ostdeutschland boomt es und bei den anderen nicht. Die hatten 1989 zudem ein niedrigeres ökonomisches Niveau als die DDR. Wenn man das als Ausgangspunkt nimmt, dann kann man sehen, dass Polen und Tschechien etwas größere Steigerungen der wirtschaftlichen Leistungskraft aufweisen. In Ostdeutschland gab es bis Mitte der 1990er Jahre durch die wirtschaftliche Öffnung und die Währungsunion einen unvergleichbaren Rückgang der Industrieproduktion auf fast ein Viertel des Jahres 1988, wovon man sich lange nicht erholte. Das Konsumniveau ist in Ostdeutschland durch Transferzahlungen natürlich deutlich schneller angestiegen.

Offe: Schon als Wanderungsprävention, damit nicht alle westwärts abwandern. Wenn man die *Foreign Direct Investments*, die nach 1990 in die COMECON-Ökonomien transferiert worden sind, vergleicht, zum Beispiel die Slowakei mit der vormaligen DDR, dann ergibt sich ein Verhältnis von eins zu hundert. Hundertmal mehr »ausländisches« Kapital und sonstige West-Transfers gingen in die vormalige DDR als in die Slowakei. Und die Slowakei ist heute eine blühende Ökonomie, wenn auch eine wegen monokultureller Fixierung auf den Automobilbau hochriskante.

Mau: Diese ganze Treuhandgeschichte war eine Ramschaktion. Wenn man sich mal vorstellt, 8.000 Betriebe innerhalb von vier Jahren zu verkaufen – und das ohne einen internationalen Investorenmarkt damals. Das wäre so, als wenn man heute 50.000 Betriebe gleichzeitig auf den Markt bringen würde. Da würde man auch keine vernünftigen Preise erzielen.

Offe: Das nennt man wohl »fire sale«: Es hat einen Großbrand gegeben, und alles Brauchbare, das sich in den Trümmern noch findet, muss eiligst verramscht werden.

Mau: Alles muss raus. Ökonomisch war das verrückt. Selbst Hans-Werner Sinn, beileibe kein linker Ökonom, hat das ja immer sehr deutlich kritisiert.

Czington: Die DDR und die mittel- und osteuropäischen Transformationsländer standen ja vor der historisch einmaligen Herausforderung, ökonomische Liberalisierung und politische Demokratisierung gleichzeitig bewältigen zu müssen. Sie, Herr Offe, haben das damals als »Dilemma der Gleichzeitigkeit« bezeichnet. Das »Unmöglichkeitstheorem« wurde später stark kritisiert. Die Annahme, dass die Demokratie wirtschaftliche Reformen verhindere, wurde angesichts der tatsächlichen Entwicklungen als empirisch widerlegt angesehen. Darüber hinaus wurde moniert, dass das Gleichzeitigkeits-Dilemma die unterschiedlichen Demokratisie-

runbspotenziale vieler Transformationsstaaten unterschätzt habe. Was entgegen Sie dieser Kritik heute, wo die demokratische Konsolidierung einiger Länder wieder stärker zur Disposition steht? Oder anders formuliert: Wie müssen wir das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus im Lichte der Transformation denken?

Offe: Ich will Ihren sehr einschlägigen Fragen nicht ausweichen, obwohl unser Gespräch wohl nicht die geeignetste Form ist, um empirische Präzisierungen und selbstkritische Revisionen vorzunehmen an früher vertretenen Thesen. Die Transformation staatssozialistischer Industriegesellschaften in kapitalistische Ökonomien mit mehr oder weniger liberaldemokratischen Institutionen ist ja ein historisch einmaliger und beispielloser Prozess. Der post-sozialistische Kapitalismus in Mittel- und Osteuropa unterscheidet sich in seinen Entstehungsbedingungen ganz elementar von denen des westlichen Kapitalismus. Ivan Szelenyi hat mit dem Titel seines Buchs einen dieser Unterschiede treffend bezeichnet: *Building Capitalism Without Capitalists* – das heißt die Konstruktion einer kapitalistischen Marktwirtschaft ohne eine bürgerliche Klasse, die ihre Erwerbs- und »ursprünglichen Akkumulations«-Interessen in liberalisierender, aber noch keineswegs demokratisierender Weise fördert und allmählich durchsetzt. Dazu gibt es nach dem Staatssozialismus keine Parallele. Eine andere Differenz besteht in dem ungeheuren Zeitdruck, der nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Ökonomien die Entwicklung trieb und die Akteure nötigte, unter Umgehung demokratischer Formen einen »*short sharp shock*« der wirtschaftlichen Transformation zu veranstalten. Auch die Machenschaften der Treuhandanstalt hätten ja nicht vonstattengehen können, wenn die betroffenen Inhaber des »Volkseigentums« über demokratische Repräsentation und Einspruchsrechte verfügt hätten. Als ein weiteres Merkmal der Neugründung des Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts würde ich die ausgeprägt supranationale Dynamik nennen: Die Erfolgsaussichten stehen und fallen mit der Erfüllung von »Kopenhagen-Kriterien« und dem Zufluss von *Foreign Direct Investments* sowie dem freien Zugang für Arbeitskräfte und Waren zu den Märkten der »alten« EU-15. Gewerkschaften und Arbeiterparteien spielten bei der Ausgestaltung des neuen Kapitalismus eine weit geringere Rolle, als das in Westeuropa der Fall war, insbesondere in den Rekonstruktionsperioden nach den Weltkriegen. Sozialökonomische Erscheinungen, die wir in den postsozialistischen Staaten beobachten – die politische Rolle von »Oligarchen«, die ökonomische Abhängigkeit von *Joint Ventures* mit westlichen Konzernen, die bedeutende Rolle extraktiver Industrien vor allem in der Russischen Föderation, der vergleichsweise umfangreiche informelle Sektor, die Bedeutung einer familien- statt arbeitnehmerbezogenen Sozialpolitik, das unvermindert hohe Ausmaß an Korruption und Klientelismus, die untergründige »demografische Panik« angesichts der anhaltenden Abwanderung strategisch wichtiger Bevölkerungsteile (und der als Kompensation befürchteten Zuwanderung fremdländischer Migranten) und nicht zuletzt die forcierte Mobilisierung autoritärer und populistischer Politikverständnisse und Identitäten – alle diese Phänomene eignen sich für die Unterstützung der These, dass liberale Prinzipien

der politischen und kulturellen Moderne mit den Gesetzen der kapitalistischen Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa nicht so zwanglos in Mischung gehen, wie das im Westen zumindest über längere Zeitstrecken der Fall war.

Mau: Für die Vermarktlichung oder Einführung der Marktwirtschaften sind ja sehr unterschiedliche Wege gegangen worden, sodass man sich das genau anschauen müsste. Es gibt diesen oligarchischen Extraktionskapitalismus in Russland oder in einigen ehemaligen Sowjetrepubliken, dann hat man andererseits sehr zögerliche Formen der Privatisierung oder auch Teilbeteiligungen der Bevölkerung. In Polen oder Lettland konnte man relativ preiswert Wohnungen, in denen man selbst wohnt, kaufen. Anderswo gab es Vouchersysteme, sodass man wenigstens Anteile am Produktivvermögen erwerben konnte. Ostdeutschland ist wieder ein spezieller Fall, weil dort fast kein Produktivvermögen, nur vier bis fünf Prozent der Treuhandprivatisierung, an Ostdeutsche gegangen ist, weil sie zumeist keine finanziellen Sicherheiten anbieten konnten. Warum hat man nicht über die Kreditanstalt für Wiederaufbau eine Finanzierungsschiene für ostdeutsche Erwerberinnen und Erwerber von Treuhandunternehmen aufgelegt, wo der Staat die Sicherheiten übernimmt? Dann hätte man eben so etwas geschaffen wie eine Kapitalisten- oder Unternehmerklasse, und nicht nur die kleinen Kioske und Kinos wären von Ostdeutschen übernommen worden, sondern auch mal mittelständische Betriebe. Zumindest im Anschluss an Claus Offes Thesen damals wäre es für die Herausbildung der Demokratie besser gewesen, wenn sich auch ökonomische Interessen pluralisiert hätten und eine stärker ausgeformte Sozialordnung mit Eigentumsinteressen entstanden wäre.

Czingon: Wir haben jetzt viel über die Herausforderungen, Probleme und Folgen der Wiedervereinigung und der postsozialistischen Transformation gesprochen. Ich würde abschließend gerne noch auf die Frage eingehen, wie wir die Wiedervereinigung kollektiv erinnern. Die offizielle Erinnerungspolitik wird ja häufig dafür kritisiert, dass sie von einem westdeutschen, weißen Blick dominiert wird und die Erfahrungen vieler Menschen (ostdeutsche Arbeiter, Migrantinnen, Frauen etc.) ausblendet. Wieso ist es nach 30 Jahren immer noch so schwer, öffentlich über die Fehler und Schattenseiten der Wiedervereinigung zu sprechen? Welche erinnerungspolitischen Fortschritte gibt es, und welche blinden Flecken existieren weiterhin?

Mau: Mein Gefühl ist, dass sich der Diskurs in den letzten anderthalb Jahren doch nochmal enorm verschoben hat. Als ich anfang, mein Buch zu schreiben, habe ich mitunter gedacht, nun bewege ich mich auf den Rand des Diskurses zu, wobei ich mir vorgenommen hatte, mich durch die Diskurslage in meinem wissenschaftlichen Urteil nicht kompromittieren zu lassen. Als ich fast fertig war, stellte ich plötzlich fest, dass ich in der Mitte des Diskurses angekommen war, so anders wurde das Thema mittlerweile adressiert. Angela Merkel gab dem *Spiegel* im November 2019 ein Interview, in dem sie sagte, wir seien mit der deutschen Einheit doch noch nicht so weit, wie wir eigentlich dachten. Für Angela Merkel ist ja typisch, dass sie Dinge nur dann sagt, wenn der Zug auf dem Bahnhof schon zum

Stehen gekommen ist. Von daher gibt es nunmehr eine andere Möglichkeit der Reflexion zum 30. Jahrestag des Mauerfalls und jetzt zu 30 Jahren deutsche Einheit.

Ich mache viele Lesungen in Plattenbaugebieten, da kommen Leute und artikulieren sich auf eine Weise, die ich beeindruckend finde und die doch deutlich davon abweicht, was man in den größeren Tageszeitungen liest. Da gibt es keine DDR-Nostalgie, auch keinen Wunsch zurückzukehren, schon gar keine Verdammung der BRD. Da gibt es ein Einfordern des Rechts auf eine eigene Erzählung, weil viele das Gefühl haben, da sei etwas zu kurz gekommen.

Manchmal hört man, der weinerliche Osten solle jetzt mal aufhören, die Geschichte sei jetzt vorüber – aber darum geht es gar nicht. Natürlich kann man jetzt nicht alles von vorne aufrollen. Aber eine selbstbewusste Aneignung der eigenen und kollektiven Vergangenheit ist für mich eigentlich die Voraussetzung dafür, dass man überhaupt etwas versteht und zu sich finden kann. Es gibt also Themen, die hat man lange ignoriert, sich vielleicht sogar gegen sie immunisiert. Und jetzt kommen andere politische Kräfte und ziehen ihr politisches Kapital daraus. Das ist zwar hochproblematisch, kann aber dennoch nicht mit der Aufforderung verbunden sein, nicht mehr zu hinterfragen, weil das jetzt andere machen. Das ist ein Prozess, der für Ostdeutsche der unterschiedlichen Jahrgänge unglaublich relevant ist und in Ostdeutschland selbst gemacht werden muss, das kann nicht eine westdeutsche Öffentlichkeit stellvertretend vorgeben, ohne sich wiederum den Vorwurf des Paternalismus einzuhandeln. Aber sie muss sich irgendwie daran beteiligen.

Offe: Dem stimme ich zu. Wobei man der Vollständigkeit halber auch erwähnen muss, dass aus westlicher offiziöser Sicht mit einer mehr oder weniger authentischen Besorgtheit registriert wird, dass das politische Wahlverhalten und Assoziationsverhalten, was Gewerkschaften, was politische Parteien, was Zivilgesellschaft angeht, im Osten doch ganz anders ist als im Westen der Republik. Die AfD ist im Osten doppelt so stark wie im Westen und verzichtet im Osten eher auf bürgerliches Mimikry. Sie ist dort eine Arbeiterpartei und keine kleinbürgerlich-mittelständische Mischpartei wie im Westen. Ken Jowitt hat das einmal so beschrieben: Der Staatssozialismus ist ein Tiefkühlfach. Da war sehr viel Vormodernes, Autoritäres und Illiberales eingefroren; das taut jetzt auf. Wie in Russland, dort ist das besonders krass, aber auch in Polen, was zum Beispiel sexuelle Minderheiten angeht, deren Diskriminierung und Verächtlichmachung sich der Staatspräsident im Jahre 2020 zum Wahlkampfthema auserkoren hat.

Mau: Die AfD ist zum Stolperstein geworden, zum Ärgernis. Sie freut sich nicht nur klammheimlich, sondern auch öffentlich – man kann es in der neurechten Zeitschrift *Sezession* nachlesen – darüber, dass es eine vermeintlich ostdeutsche Mentalität gäbe, die sich der »Verwestlichung« verweigere, und dass sich im Osten ein national grundiertes »Heimatbewusstsein« zeige. Jana Hensel und Wolfgang Engler haben von einer »Emanzipation von rechts« gesprochen, wo Ostdeutsche durchaus auch Selbstwirksamkeitserfahrungen machen, womöglich zuweilen anknüpfend an die Protesterfahrung der späten DDR, wo man auf einen

Platz gegangen ist, sich dort aufgehalten hat und gehofft hat, dass die Obrigkeit darauf reagiert und Zugeständnisse macht. Natürlich darf man eine solche Parallele nicht überstrapazieren, weil der Kontext ein völlig anderer war und es doch keinen kleinen Unterschied macht, ob wir über eine Diktatur oder eine Demokratie reden, aber in der darunterliegenden mentalen Haltung gibt es erstaunliche Kontinuitäten. Politik als Protest, weniger als die Mühen der Ebene mit all dem kleinteiligen und selbstverantworteten Mitmachen, das dazugehört.

In Ostdeutschland sind die politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihrer Rolle als Diskursorte und Generatoren kollektiver Willensbildung oder bei der Übersetzungsleistung von der Straße ins Parlament weit weniger gefestigt. Vor allem der vopolitische Raum im Osten war in den 1990er Jahren ein Vakuum, nachdem der Staat untergegangen war. Die Westparteien haben sich einfach in der Fläche ausgedehnt, dann gab es noch die SED-PDS, aber eine breite Zivilgesellschaft – Kirche, Jugendverbände, Gewerkschaften – war nicht vorhanden. Und in diesen offenen politischen Raum sind rechtspopulistische politische Unternehmer reingegangen, die zum Teil auch aus dem Westen kamen, weil sie im Osten Dinge tun konnten, für die sie im Westen schnell sozial abgestraft worden wären. Und die sind da eingewurzelt und saugen auch aus dem, was aus der DDR gekommen ist. Man sieht das aktuell bei der AfD mit ihren starken Referenzen auf die DDR-Wende 2.0, Lügenpresse etc. Da werden viele Dinge auf groteske Weise politisch benutzt, um Stimmen rauszuziehen. Die großen Parteien haben zwar immer wieder Mehrheiten bekommen und Ministerpräsidenten gestellt, aber dieses wichtige Heimisch-Werden und Einwurzeln vor Ort hat nicht so stattgefunden, dass daraus ein Integrationsmoment entstehen kann. Es muss in einer Demokratie aber von Parteien gestaltete strukturbildende Meinungsbildungsforen geben, sonst bleibt alles politische Erregung und erschöpft sich in der Haltung des Protests. Dieser Aspekt der Repräsentation, der politischen Organisation und der Willensbildung kann nicht durch einen vermeintlichen Volkswillen substituiert werden.

Offe: Der Volkswille ist ein Erzeugnis von Institutionen und über sie vermittelte kontinuierliche Bildungsprozesse, nichts Ursprüngliches, Feststehendes und Einheitliches. Wer heute erneut mit der (schon 1989 missverständlichen) Parole »Wir sind das Volk!« über die Plätze zieht, hat Unrecht. Das ist vielleicht auch ein mentaler Rückstand des parteiichen Denkens in »korrekten Linien«, »klarer Haltung« und »historischen Gesetzen« des »wissenschaftlichen Sozialismus«. Hier werden Differenzen in der politischen Kultur und Mentalitätserbschaften geringer Ambivalenztoleranz manifest, die wahrscheinlich noch eine Weile weiter bestehen werden.

Das Gespräch fand am 10. Juni 2020 in Berlin statt. Es wurde aufgezeichnet, transkribiert und anschließend von den Beteiligten überarbeitet.

Autoren

Steffen Mau
Humboldt-Universität zu Berlin
Institut für Sozialwissenschaften
Unter den Linden 6
10099 Berlin
Deutschland
steffen.mau@hu-berlin.de

Claus Offe
Humboldt Universität zu Berlin und Hertie School of Governance
Friedrichstr. 180
10117 Berlin
Deutschland
Offe@hertie-school.org